

An der Uni zu wenig gebaut und saniert

Hochschulpolitik: Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel räumt bei Podiumsdiskussion in Würzburg Versäumnisse ein

WÜRZBURG. Keinen leichten Stand hatte Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel bei einer Podiumsdiskussion über die Hochschulpolitik des Freistaats am Montagabend in Würzburg. Die Vorwürfe in Richtung Staatsregierung kamen von allen Seiten. »In den Jahren 2003 bis 2007 haben wir das, was notwendig war, nicht getan«, räumte ein offensichtlich genervter Goppel im Verlauf der zweistündigen Veranstaltung ein.

Vom baulichen Zustand der Universitäten über die Unterstützung behinderter Studenten und die schlechte finanzielle Ausstattung der Studentenwerke bis zu den ungeliebten Studiengebühren: Goppel war an diesem Abend als verantwortliches Mitglied der Staatsregierung das alleinige Ziel der Kritik. Mit ihm auf dem Podium saßen vor knapp hundert Zuhörern die

Landtagsmitglieder Adelheid Rupp (SPD) und Ulrike Gote (Bündnis 90/Grüne), die nicht mit Angriffen auf die bayerische Hochschulpolitik sparten. Nach den Versäumnissen der vergangenen fünf Jahre bestehe inzwischen ein Investitionsbedarf von drei bis vier Milliarden Euro an Bayerns Hochschulen, gab Goppel zu: »Das ist in zehn Jahren zu erledigen, wir haben dafür pro Jahr 300 bis 400 Millionen Euro zur Verfügung.« Für die Uni Regensburg, deren Einrichtungen in einem besonders schlechten Zustand sind, wurde ein Sonderprogramm aufgelegt. Aber auch an Würzburgs Universitäts-Gebäuden herrschen teilweise marode Zustände, wie ein von Studenten gedrehtes Video, das auch schon in der Sendung »Südwild« des Bayerischen Fernsehens ausgestrahlt wurde, in eindrucksvollen Bildern zeigte.

Der Freistaat betreibe eine »Politik, die nicht dazu geneigt ist, für die Studenten etwas zu tun«, sagte Adelheid Rupp. Nur etwa ein Sechstel des tatsächlichen Bedarfs an Neubauten und Sanierungen könnten durch die jetzt zur Verfügung gestellten Mittel gedeckt werden, fügte Ulrike Gote hinzu: »Die Sünden der Vergangenheit reichen lange zurück.«

» Wer vom Studium profitiert, soll fünf bis zehn Prozent der Kosten vorfinanzieren. «

Thomas Goppel, Wissenschaftsminister

Goppel berief sich immer wieder auf den nach seinen Worten widerspenstigen Finanzminister, mit dem man lange streiten müsse, bevor er Gelder zur

Verfügung stelle. Das gelte auch für die geplante Erweiterung der Universität Würzburg auf den Konversionsflächen der »Leighton Barracks« nach dem Abzug der letzten amerikanischen Truppen.

In diesem einen Punkt waren sich am Montag alle Anwesenden einig. »Ich bin der Überzeugung, dass wir uns dort ein Problem relativ schnell vom Hals schaffen können.«

Wie berichtet, plant die Universität Würzburg auf dem Kasernengelände eine Erweiterung ihres Hubland-Campus um rund 39 Hektar.

Auch bei Themen wie Barrierefreiheit oder ständig sinkende Betriebskostenzuschüsse der Studentenwerke geriet Goppel immer wieder in die Defensive. Er könne zwar die meisten Wünsche der Professoren und Studenten unterstreichen, sie aber nicht fi-

nanzieren, so der Minister. Gote und Rupp forderten dagegen eine bessere Mittel-Ausstattung in allen Bereichen, ohne jedoch die Gegenfinanzierung anzusprechen.

Auch beim Thema Studiengebühren war Goppel im Saal auf sich alleine gestellt. Grüne, SPD und die Studenten forderten nach hessischem Vorbild eine Abschaffung der Gebühren auch in Bayern. An der Uni Würzburg bezahlen rund 70 Prozent der Studenten 500 Euro pro Semester, ohne angemessen an der Verteilung der Mittel beteiligt zu werden, warf die Vorsitzende des Fachschaffensrats, Mirjam Geßler, dem Minister vor.

»Wer von einem Studium profitiert, soll fünf bis zehn Prozent der Kosten vorfinanzieren. Ich bitte um Verständnis, auch wenn Sie mich dafür nicht lieben«, antwortete Goppel. *rick*